

Promotionsthema:

Die staatliche Öffentlichkeitsarbeit in der Demokratie neu denken? Die Arbeit der Landespressestellen in Westdeutschland (1945-1960er Jahre)

1. Forschungskontext und Forschungsstand

Die staatliche Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland nach 1945 bleibt ein weitgehend unerforschtes Feld in der Zeitgeschichte wie in der Kommunikationswissenschaft, und zwar sowohl in der deutschen als auch in der französischen Forschung, trotz eines neuerdings zunehmenden Interesses (Hubé 2022). In Deutschland haben sich die Arbeiten bislang vor allem auf die PR-Politik von Unternehmen einerseits (Szyska 2015) und auf die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik andererseits (Lau 2003) konzentriert und dabei den Gründungsmythos, wonach PR ein amerikanischer Import der Nachkriegszeit gewesen sei, in Frage gestellt (Szyska 2011).

Für die Nachkriegszeit wurden allerdings die Arbeit des Bundespresseamts und generell die Informations- und Kommunikationspolitik der Adenauer-Regierung eingehend untersucht. So wurden die Ergebnisse der Forschungen über das Bundespresseamt, die im Rahmen des von der deutschen Regierung finanzierten Projekts über Bundesbehörden und Nationalsozialismus durchgeführt wurden, 2023 veröffentlicht (Schwarz/Stahl 2023). Die Öffentlichkeitsarbeit von Behörden beschränkte sich jedoch nicht auf die Bundesbehörden. So fehlen bislang Arbeiten auf regionaler oder lokaler Ebene, obwohl die zum Teil unterschiedliche Politik der Besatzungsmächte und die föderale und dezentralisierte Struktur der Bundesrepublik Deutschland eine Vielfalt an Konzepten und Praktiken begünstigen konnten, wie die Untersuchung der Beziehungen zwischen Justiz und Medien in dieser Zeitspanne zeigt (Le Bouëdec 2024).

Die Forschung hat außerdem gezeigt, dass die Entwicklung der Medienöffentlichkeit ein bevorzugter Gegenstand für die Untersuchung der politischen und soziokulturellen Transformationen in Deutschland nach 1945 ist (von Hodenberg 2006). Nun ist die Öffentlichkeitsarbeit in diese Medienöffentlichkeit eingebettet und hängt mit Vorstellungen von den Beziehungen zwischen Staat, Medien und Bürgern zusammen. Es scheint daher umso interessanter, die Entwicklungen in der Zeit des Aufbaus der westdeutschen Demokratie zu untersuchen.

2. Fragestellung und Methodik

Im Rahmen dieses Promotionsprojekts **in Civilisation allemande und Zeitgeschichte** soll die Arbeit der Landespressestellen untersucht werden. Dabei sollen die bislang offensichtlich weitgehend unerschlossene Archiv ausgewertet werden. Ziel wird es sein, die Grundsätzen und Modalitäten herauszuarbeiten, nach denen die Öffentlichkeitsarbeit in den Bundesländern nach 1945 neu(?) gedacht und durchgeführt wurde.

- Dabei wird es zum einen darum gehen, welche Vorstellungen von Öffentlichkeitsarbeit damals entwickelt wurden (Was waren die Ziele? Wie wurde der Umgang mit den Medien konzipiert und wie wurden die Medien wahrgenommen? Inwieweit wurden demokratische Forderungen nach Pressefreiheit, Transparenz berücksichtigt?) und inwiefern diese Vorstellungen zur Entwicklung neuer Strategien und/oder Standards für die Arbeit dieser Pressestellen führte (oder nicht).
- Zum anderen wird der Schwerpunkt auf der Organisation dieser Pressestellen, den Kommunikationspraktiken und der Verbindung zwischen Normen und praktischer Umsetzung liegen.
- Der Untersuchungszeitraum (von 1945 bis in die 1960er Jahre) ermöglicht es zudem zu analysieren, inwieweit sich die Pressestellen an die Anforderungen der Medien und die politischen und sozialen Veränderungen anpassten – insbesondere ab den späten 1950er

Jahren, als ein gesellschaftlicher Liberalisierungsprozess einsetzte und sich die Medienöffentlichkeit veränderte (Entstehung eines „zeitkritischen“ Journalismus, Siegeszug des Fernsehens).

Die zahlreichen Arbeiten, die in den letzten Jahren zu den Bundesbehörden nach 1945 durchgeführt wurden, legen den Schwerpunkt auf die Frage nach den Kontinuitäten mit dem Nationalsozialismus und den „zweiten Karrieren“ ehemaliger NS-Beamter in westdeutschen Behörden. Diese Frage wird im Rahmen dieses Projekts natürlich auch thematisiert werden müssen. Dennoch birgt eine Fokussierung auf Biografien immer das Risiko, dass ein Zusammenhang zwischen biografischen und ideologischen Kontinuitäten vorausgesetzt oder im Nachhinein rekonstruiert wird. Es erscheint daher als sinnvoll, zunächst von Diskursen und Praktiken auszugehen, ohne natürlich auf die Berücksichtigung individueller Lebensläufe zu verzichten. Außerdem darf sich die Kontinuitätsproblematik nicht auf die Kontinuitäten mit dem Nationalsozialismus beschränken, sondern muss auch auf frühere Anknüpfungspunkte, insbesondere aus der Weimarer Zeit, erweiterte werden, um zu ermitteln, inwieweit die Öffentlichkeitskommunikation nach 1945 tatsächlich neu gedacht wurde.

Methodisch wird die Arbeit an der Schnittstelle zwischen einer Medien- und Kommunikationsgeschichte, die mediale Entwicklungen in den Kontext sozialer und kultureller Prozesse einbetten will, und der Kulturgeschichte der Politik (siehe Mergel 2012) angesiedelt sein. Die Kulturgeschichte des Politischen geht unter anderem davon aus, dass die Realität in und durch Diskurse(n) und symbolische(n) Repräsentationen der Akteure konstruiert wird: Institutionen werden als „kommunikative Verdichtungen“ untersucht, in denen auf spezifische Weise kommuniziert wird.

Das Promotionsprojekt wird **eine umfangreiche Auswertung von Archivmaterial** erfordern. Dabei wird es wahrscheinlich notwendig sein, eine Auswahl zu treffen und sich auf einige Bundesländer zu konzentrieren, unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung und ihres Status, der Besatzungszonen, zu denen sie gehörten, oder auch der politischen Zusammensetzung der Regierungen: Nordrhein-Westfalen – als bevölkerungsreichstes Bundesland, indem auch die Bundeshauptstadt Bonn lag – und Hessen als sozialdemokratische Hochburg erscheinen somit als zwei Länder, bei denen die Untersuchung einsetzen könnte. Die Auswahl kann sich jedoch auch aus pragmatischen Zwängen ergeben, je nachdem, welche Quellen in den Archiven verfügbar sind, die im je nach Bundesland und Behörde stark variieren können.

3. Ziele und erwartete Ergebnisse

Das Promotionsprojekt wird sich folgende Ziele setzen:

- die erste, auf Auswertung von Archivmaterialien gestützte Studie zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesländer in dieser Zeitspanne anbieten
- einen neuen Beitrag zur Geschichte der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit in Westdeutschland leisten, indem es 1) den Maßstab wechselt und versucht, einen Überblick über Vorstellungen, Praktiken und ihre Entwicklungen auf regionaler Ebene bzw. Landesebene zu bieten, 2) nicht einseitig auf die Frage der personellen Kontinuitäten mit dem Nationalsozialismus fokussiert;
- durch die Untersuchung alltäglicher Anpassungs- und Lernprozesse von Akteuren „zweiten Ranges“ ein womöglich neues Licht auf die Geschichte der (west-)deutschen Demokratie werfen

4. Arbeitsumfeld

- **Forschungsgruppe an der Université Bourgogne Europe: Centre Interlangue TIL (EA 4182), Gruppe „Individu et Nation“.**

Das Promotionsprojekt wird Teil des Forschungsprogramms der Gruppe Individu & Nation „Sociétés en mouvement: dynamiques, transformations, conflictualités“ im Rahmen des thematischen Schwerpunkts „Démocratie: acteurs, stratégie et pratiques“ beitragen. Es wird den

geschichtswissenschaftlichen Teil des Programms sowie die Arbeit über den deutschsprachigen Raum in der Gruppe bereichern.

<https://til.ube.fr/individu-et-nation/>

- **Cotutelle de thèse und deutsch-französisches Doktorandenkolleg**

Eine cotutelle de thèse mit Michael Kißener, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mainz, ist geplant.

Das von der Deutsch-Französischen Hochschule geförderten deutsch-französische Doktorandenkolleg Mainz-Dijon wird dem Doktoranden / der Doktorandin unter anderem ermöglichen, seine Arbeit im Rahmen der jährlichen Seminare vorzustellen, sich mit anderen Doktorand:innen verschiedener Disziplinen hinaus auszutauschen sowie die für Archivbesuche und Forschungsaufenthalte unerlässliche Finanzierung zu erhalten.

- Durch die (empfohlene) **Einschreibung beim CIERA** (Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne) wären auch die Teilnahme an Fortbildungen oder die Bewerbung um weitere Forschungsstipendien möglich.
- Der Doktorand / die Doktorandin könnte auch nach Möglichkeit einen **Lehrauftrag am Institut für Germanistik** erhalten.

5. Bewerbungsmodalitäten

- **Nur online über die Webseite der Ecole Doctorale:**
<https://lecla.ubfc.fr/parcours-doctorale/proposition-de-contrats-doctoraux/>
- **Bewerbungsfrist:** 5. Juni 2025
- **Vorstellungsgespräch:** 1. Juli 2025
- **Vertragslaufzeit :** 1. Oktober 2025-31. September 2028
- **Kontakt:** nathalie.le-bouedec@u-bourgogne.fr

Deutsche bzw. nicht französische Bewerber:innen sind willkommen. Gute Französischkenntnisse sind aber wünschenswert.

6. Bibliografische Angaben

Achim Bonte, *Werbung für Weimar? Öffentlichkeitsarbeit von Großstadtverwaltungen in der Weimarer Republik*, Mannheim, Palatium-Verlag, 1997.

Ariane d'Angelo, *Promouvoir la RFA à l'étranger 1958-1969. L'exemple de la France*, Lille, Presses universitaires du Septentrion, 2018.

Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen, Wallstein, 2006.

Nicolas Hubé, *La politique des chemins courts. Un siècle de relations entre journalistes et communicants gouvernementaux en Allemagne (1918-2018)*, Editions du Croquant, 2022.

Michael Kunczik, *Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland*, Cologne, Böhlau, 1997.

Matthias Lau, *Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik*, Stuttgart, Steiner, 2003.

Nathalie Le Bouëdec, *La justice ouest-allemande face aux médias (1945-1963) : l'impossible relation de confiance ?*, Villeneuve d'Ascq, Presses universitaires du Septentrion, 2024.

Thomas Mergel, „Kulturgeschichte der Politik“, in: Frank Bösch/Jürgen Danyel (Hg.), *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012, p. 187–203.

Angela Schwarz / Heiner Stahl, *Kontaktzone Bonn. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969*, Göttingen, Wallstein, 2023.

Peter Szyszka, „Berufsgeschichte Public Relations in Deutschland“, in: Romy Fröhlich/Peter Szyszka/Günter Bentele (dir.), *Handbuch der Public Relations*, Wiesbaden 2015, p. 487–510.

Peter Szyszka, „Deutsche PR-Nachkriegsgeschichte als Berufsfeldgeschichte. Ein revidiertes Phasenmodell“, *Medien & Zeit* 26 (1), 2011, p. 39–53.